

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

29.03.2018

Von Christian Bunke, Manchester

02.04.2018

Streit um Nordirland

Die Europäische Union will sich auf der irischen Insel einen Brückenkopf sichern



Gegen London: Die irische Regierung von Leo Varadkar wird auf Seiten der EU an den »Brexit«-Verhandlungen teilnehmen (Brüssel, 23.3.2018)

Foto: AP

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Wenn man den »Brexit« als ein Produkt der Krise des britischen und weltweiten Kapitalismus versteht, verwundert es nicht, dass der EU-Austritt alte, von manchen bereits begraben geglaubte Konflikte wieder neu befeuert. Nirgends wird dies deutlicher als in Nordirland. Sowohl die EU als auch die Regierung in London tragen hier die Verantwortung für die explosive Lage.

Die EU möchte Nordirland als ein Einfallstor nach Großbritannien nutzen. Deshalb unterstützt Brüssel die Forderung der irischen Regierung nach Beibehaltung einer offenen Grenze nach Vollzug des Brexit. Das bislang zwischen London und Brüssel ausgehandelte Vertragswerk sieht vor, Nordirland nach dem Austritt des Königreichs den Regeln und Gesetzen des europäischen Binnenmarktes zu unterwerfen. So soll der freie Verkehr von Gütern, Dienstleistungen und Menschen zwischen der Republik und dem zu Großbritannien gehörenden Nordirland garantiert werden.

Das bedeutet zum einen, dass die EU auch nach dem Vollzug des »Brexits« weitreichende Verfügungsrechte zumindest für Nordirland und damit einen Teil des Vereinigten Königreiches beansprucht. Gleichzeitig bedeutet das die Errichtung einer EU-Außengrenze in der Irischen See zwischen Nordirland und dem Rest Großbritanniens. Bewohner Nordirlands müssten also bei einer Reise auf die britische Hauptinsel mit Pass- und Zollkontrollen rechnen.

Während katholische Bevölkerungsteile eine EU-Außengrenze zwischen der Republik Irland und Nordirland mehrheitlich ablehnen, weil sie dadurch eine stärkere Anbindung Nordirlands an das Vereinigte Königreich befürchten, stellt sich die Situation für die Protestanten genau umgekehrt dar. Hier fürchtet man den Anfang vom Ende der Verbindung mit Großbritannien, sollte die »harte« Grenze entlang der Irischen See eingerichtet werden. Für sie droht sogar eine Wiedervereinigung Nordirlands mit der Republik Irland, die von der Mehrheit der protestantischen Bevölkerung abgelehnt wird.

Die Regierung in Dublin wird in den kommenden Monaten auf Seiten der EU an den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien teilnehmen. In irischen Medien verkündete der dortige Premierminister Leo Varadkar, er rechne mit einem konkreten Verhandlungsergebnis bezüglich der irischen Frage bis Juni.

Der britischen Premierministerin Theresa May bereitet dies Kopfzerbrechen. Ihre Konservativen sind im Londoner Unterhaus seit den Parlamentswahlen im vergangenen Mai in der Minderheit und somit auf die Stimmen der unionistischen nordirischen DUP-Partei angewiesen. Diese wird aber der von Brüssel forcierten Annäherung Nordirlands an

die Republik Irland nicht zustimmen. Große Teile der konservativen Unterhausfraktion teilen diese Auffassung.

May hat ihr Verhandlungsteam deshalb zur Ausarbeitung eigener Vorschläge angewiesen, wie das »Brexit Bulletin« der konservativen Tageszeitung *The Telegraph* vom 26. März berichtet. Demnach will die britische Regierung eine »harte« Grenze mit Nordirland vermeiden, indem das gesamte Vereinigte Königreich mit den Handelsregeln der EU in Einklang gebracht werden soll. Ausnahmen sollen »für bestimmte Dienstleistungen« gelten, so *The Telegraph*. Die irische Regierung sei dieser Idee gegenüber offen, es gebe aber Sorgen, »dass die EU-Kommission dagegen ein Veto einlegen wird«. Einmal mehr zeigt sich die Schwäche der britischen Verhandlungsposition. Der »Friss oder stirb«-Politik der EU hat sie nichts entgegenzusetzen.